

Schriftliche Anfrage betreffend neue Ängste in den Familien durch Bevorzugung der Migrantinnen und Migranten bei der Lehrstellenfindung, resp. Ausländerquote beim Basler Staatspersonal

11.5124.01

Mit der Überweisung des Anzuges 11.5034.01 betreffend interkulturelle Vielfalt in den staatlichen Diensten, haben die SP, Grünen, Grünliberalen und die EVP bei Schweizer Familien und vor allem bei den betroffenen Jugendlichen grosse Ängste ausgelöst.

Die Anzugsteller wollen Menschen mit Migrationshintergrund bei Lehrstellen und auch sonstigen offenen Stellen beim Staat bevorzugen. Gegenüber den Medien sagt der Erstunterzeichnende zur Diskriminierung der Schweizer Bevölkerung deutlich ja. Nicht nur diese fühlen sich vor den Kopf gestossen, sondern auch gut integrierte Familien oder Secondos.

Durch diesen und auch weitere Anzüge bei welchen die Ausländerinnen und Ausländer bevorzugt werden sollen, löst bei der hiesigen Bevölkerung, ob Schweizer oder auch gut Integrierte, grosses Unbehagen aus. Zusätzlich schürt es die Abneigung gegenüber diesen Privilegierten, anstatt die Barrieren abzubauen und das friedliche Zusammenleben zu ermöglichen.

Der Kantonsentwickler und staatliche Integrationsfachmann Thomas Kessler gab in einem Medium deutlich zum Ausdruck, dass Basel-Stadt der einzige Kanton sei, welcher bereits für die Migrationsbevölkerung betreffend Stellen beim Kanton so viel leistet. Gewisse Abteilungen beschäftigen sogar mehr Ausländer, Secondos und Migranten, als Schweizer. Er sagt sogar, dass die Anzugsteller schlecht informiert seien.

Damit die Angst bei den Schweizer Familien durch den Links-Grünen Vorstoss nicht weiter wächst und transparent wird, welchen Weg der Regierungsrat einschlagen will, bitte ich diesen, nachfolgenden Fragen zu beantworten.

1. Ist die Regierung der Meinung, dass Migrantinnen und Migranten bei der Stellenfindung beim Staat in vermehrtem Masse gegenüber den Einheimischen berücksichtigt werden soll?
2. Der Anzug verlangt, dass Menschen mit Migrationshintergrund in allen Bereichen der Staatstätigkeit gefördert werden sollen. Findet dies der Regierungsrat auch?
Falls ja, in welchen Bereichen soll diese Förderung stattfinden, resp. wo sollen die Schweizerinnen und Schweizer benachteiligt werden?
3. Gibt es bereits Lehrstellen beim Staat, welche für Migrantinnen und Migranten reserviert sind?
Falls ja, wie viele?
4. Früher wurden bei gewissen Stellenausschreibungen erwähnt, dass bei gleicher Qualifikation dem weiblichen Geschlecht den Vorzug gegeben wird. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, dass in den Stelleninseraten auch speziell die Bevorzugung der Migranten erwähnt wird oder will er auch zukünftig die Inserate neutral gestalten?
5. Kann sich der Regierungsrat eine Quote von Migranten im Staatsdienst, so wie es der Anzug verlangt, vorstellen?
6. Teilt die Regierung die Meinung, dass in der Zeit der Gleichstellung keine Diskriminierung der Schweizer Bevölkerung oder auch gut Integrierten gegenüber den übrigen Migrantinnen und Migranten entstehen darf? Falls ja, warum wurde der Anzug entgegengenommen?
7. Die Idee der Bevorzugung von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Staatsstellen, sowie die zur gleichen Zeit eingereichten Vorstösse, wo Ausländer bevorzugt werden sollen, löst in der Bevölkerung grossen Unmut aus und bestätigt ein weiteres Mal das Scheitern der hiesigen Integrationsbemühungen, indem das Motto "Fördern statt Fordern" verstärkt propagiert wird, anstatt umgekehrt.
Diese Haltung wird durch die Entgegennahme der Vorstösse durch den Regierungsrat bestätigt.

Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, um der Bevölkerung, welche durch diese Vorstösse benachteiligt werden sollen, die Angst und den Unmut zu nehmen?
Ist er bereit, seine Strategie zu überdenken und "Fordern statt Fördern" vermehrt in den Vordergrund zu stellen?

Lorenz Nägelin